

# „Abkommen zum Freihandel dienen nicht den Bürgern“

Liga veröffentlicht Erklärung

LÜNEN-SÜD. „Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA verstoßen gegen demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien“, hieß es am Freitagmittag bei der Lüner Initiative gegen globale Armut (Liga), ihrer Organisationen und des Forums für Umwelt und gerechte Entwicklung aus Hamm (FUgE).

Gemeinsam hatten sie ins Paul-Gerhardt Haus eingeladen, um dieser Position mit einer gemeinsamen Erklärung Ausdruck zu verleihen. Darin machen sie die aus ihrer Sicht zentralen Gefahren und Risiken der Freihandelsabkommen deutlich.

„Die Abkommen haben Auswirkungen auf den Verbraucherschutz, Gesundheit, den Klimawandel und Arbeitnehmerrechte, um nur einige zu nennen“, so Dr. Ulrich Weber von der Liga.

Ein Beispiel auf kommunaler Ebene ist der Bereich Daseinsvorsorge, auch kommunale Grundversorgung ge-

nannt. Unter TTIP und CETA würde die privatisiert. Das könnte also beispielsweise die Bereiche Müllbeseitigung und den Bahnverkehr betreffen, aber auch Krankenhäuser, Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Sehen sich große Unternehmen in ihren Gewinnen gefährdet, könnten Schadensersatzforderungen „in Millionen oder Milliardenhöhe“ an die Kommunen gestellt werden, sagte Weber. „Die Abkommen dienen weder den europäischen Bürgern noch den Menschen in den Ländern des globalen Südens, den Entwicklungsländern also“, sagte Wolfgang Balzer von der Liga.

Deshalb fordern sie die Abgeordneten im Deutschen Bundestag, im EU-Parlament, aber auch die lokale Politik dazu auf, sich klar gegen die Abkommen auszusprechen. *ems*

